

Warum Gewerkschaften zentral für unsere Arbeit als sozialistische Partei sind

Von Ines Schwerdtner (Parteivorsitzende Die Linke)

»Ohne uns steht Berlin still«, sagt ein Busfahrer der BVG in Berlin an einem der Streiktage am Lichtenberger Betriebshof. Die Kolleginnen und Kollegen befinden sich im Streik und wir als Linke stehen an vielen Standorten mit Kaffee und Brötchen. Streiksolidarität ist ein wichtiger Bestandteil unserer politischen Arbeit, aber bei weitem nicht der einzige Moment, an dem Gewerkschaft und Partei zusammenkommen sollten.

Im Grunde sollte jedes Parteimitglied auch Gewerkschaftsmitglied sein. Denn jede und jeder von uns sollte in dem Bereich, in dem sie oder er arbeitet, auch gewerkschaftlich mit den anderen Beschäftigten vernetzt sein. Der Arbeitsplatz ist der Ort, an dem arbeitende Menschen die meiste Zeit ihres Lebens verbringen. Egal wo sie arbeiten, ob im Büro, in der Fabrik oder im Krankenhaus: alle, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen,

sind Teil dieser Klasse und damit unsere Leute.

In Gewerkschaften vertreten arbeitende Menschen ganz konkret ihre eigenen ökonomischen Interessen. Sie erstreiken sich höhere Löhne und mehr Rechte. Unsere Aufgabe als Partei ist es, diese ganz materiellen Interessen zu bündeln und auf ein politisches Interesse zu heben. Unser Ziel ist es, das Machtgefälle zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Arbeit zu ver-



bessern. Das kann bedeuten, die Tarifbindung zu stärken, für einen höheren Mindestlohn zu sorgen, den Sozialstaat auszuweiten oder das Streikrecht zu verbessern. Wir streiten für mehr Feiertage statt weniger. Dafür braucht es eine linke Partei.

Doch Wahlauswertungen zeigen in den letzten Jahren deutlich, dass diejenigen, die sich selbst als Arbeiterinnen und Arbeiter verstehen, sich immer mehr von der Linken abwenden. Das ist ein Skandal und für eine Partei der Arbeit nicht hinnehmbar.

In dem Leit Antrag für unseren Chemnitzer Parteitag ist deshalb die Verankerung in Betrieben und eine Parteikultur, die es Menschen aus der Welt der Arbeit ermöglicht, sich aktiv bei uns einzubringen, ein wichtiger Pfeiler für die Arbeit der kommenden Jahre. Unser Selbstverständnis ist in dem Leit Antrag, eine organisierende Klassenpartei zu sein. Gewerkschaften werden damit zum zentralen Bündnispartner. Peter Mertens von der Partei der Arbeit in Belgien sagte mir, es sei zehn Mal schwieriger arbeitende Menschen in Betrieben für eine sozialistische Partei zu organisieren. Aber der Aufwand ist es alle Mal wert. Es sollte selbstverständlich sein.

Am Übergang vom Neoliberalismus zur Kriegswirtschaft!

Ulrike Eifler (Mitglied des Parteivorstandes und des Bundessprecher*innenrats der BAG Betrieb & Gewerkschaft)

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich warm anziehen, wenn Friedrich Merz Bundeskanzler wird. Noch nicht einmal im Amt stimmte er mit den Mehrheiten des abgewählten Parlaments die finanzielle Grundlage für das neu gewählte Parlament durch: Ein Fiskalpaket, das eine zeitlich unbefristete und unbegrenzte Aufrüstung vorsieht. Die Tatsache, dass die Koalitionäre zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal einen Koalitionsvertrag vorlegen konnten, zeigt: Aufrüstungsfragen werden auch künftig alle anderen Fragen dominieren.

Gleichzeitig kündigte bereits das Sondierungspapier den Angriff auf den Sozialstaat an: Flexibilisierung der Arbeitszeit und Einschnitte für Langzeitarbeitslose. Hinzu kam eine Initiative vom Arbeitgeberverband „Gesamtmetall“, der zwei Wissenschaftler damit beauftragte, einen Gesetzentwurf zur Einschränkung des Streikrechts zu erarbeiten. Die Diskussion über die Einführung eines Karenztages oder die Abschaffung von Feiertagen zeigen zudem: Weitere Angriffe werden folgen. Flankiert von den Top-Ökonomen machen die Arbeitgeber- und Industrieverbände klar: Die angekündigte Offensive gegen den Sozialstaat geht ihnen nicht weit genug. Gefordert wird ein höheres Renteneintrittsalter, die Ausweitung der Wochenarbeitszeit, mehr Eigenverantwortung im Fall von Krankheit und Pflege und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise sind die Erwartungen der Arbeitgeber an die neue Bundesregierung hoch. Ihre Forderung nach einer „grundlegenden Wirtschaftswende“ heißt daher nichts Gutes für abhängige Beschäftigte.

Im Angesicht der Krise verschärft sich der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Die Aufkündigung der Beschäftigungstarifver-

träge bei VW letzten Herbst war die Aufkündigung der Sozialpartnerschaft. Die Kombination aus Sozialabbau und Aufrüstung zeigt zudem: Die Zeit des Zeitenwende-Staatsumbaus geht zu Ende. Es folgt der Übergang vom Neoliberalismus zur Kriegswirtschaft. Dieser Einstieg in eine staatliche Rüstungsplanwirtschaft wird ein rücksichtsloses Unterordnungsdiktat unter die Außen- und „Sicherheits-

politik“ zur Folge haben. Verteilungsauseinandersetzungen werden sich verschärfen. Die große Herausforderung wird es daher sein, den Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Aufrüstung offen zu benennen und in der Auseinandersetzung mit der künftigen Bundesregierung die Angriffe auf den Sozialstaat ebenso wie ihre Kriegsvorbereitungen zurückzudrängen.

**Bei der
Rüstung
sind sie fix**
– fürs Soziale
tun sie nix

deshalb

Die Linke

Streikrecht verteidigen – heute mehr denn je!

Von **Julia C. Stange (MdB und Mitglied des Bundessprecher*innenrats der BAG Betrieb & Gewerkschaft)**

Das Streikrecht ist eine der stärksten Waffen der arbeitenden Klasse. Doch Arbeitgeber und Regierung greifen es immer wieder an – durch juristische Hürden oder massive Einschüchterung. Gerade jetzt, in Zeiten von Inflation, wachsender sozialer Ungleichheit und Rekordgewinne für Konzerne – besonders durch zunehmenden Wahnsinn der Hochrüstung – ist es entscheidend, dieses Recht zu verteidigen und zu stärken!

Viele Errungenschaften, die uns heute selbstverständlich erscheinen, wurden durch harte Arbeitskämpfe erstritten: der Achtstundentag, bezahlter Urlaub, das Streikrecht selbst! 1974 streikten hundert-

tausende Metaller erfolgreich für die 35-Stunden-Woche. In den 1950er Jahren erkämpften Gewerkschaften das Lohnfortzahlungsgesetz im Krankheitsfall. Nichts davon wurde uns geschenkt – und nichts davon ist auf ewig sicher!

Immer wieder wird behauptet, Streiks würden „die Gesellschaft belasten“. Doch das Gegenteil ist der Fall: Streik ist ein Grundrecht und immer das letzte Mittel der Wahl, wenn Verhandlungen scheitern – und genau das liegt in den Händen der Arbeitgeber. Doch anstatt fairer Verhandlungen erleben wir Verbote, Notverordnungen und Hetze. Das ist kein Zufall – es geht darum, den Widerstand zu brechen

und Profite zu sichern. Doch wir lassen uns nicht spalten! Nicht der Streik gefährdet Menschen, sondern ein Alltag aus überlasteten Krankenhäusern, unterbesetzten Kindergärten und Betrieben sowie Niedriglöhnen. Die Geschichte zeigt: Jede soziale Errungenschaft wurde durch Streiks erkämpft. Deshalb wird Die Linke weiterhin konsequent, gemeinsam mit den Gewerkschaften, für ein umfassendes, unbeschränktes Streikrecht eintreten – auch für politische Streiks!

Wir als Gesellschaft sind gefragt – holen wir uns unsere Macht zurück! Am 1. Mai und jeden Tag!

Arbeitszeitverkürzung und Entlastung:

Tarif- und betriebpolitische Umverteilungskämpfe

Von **Jerome Frantz (Gewerkschaftssekretär NGG)**

In den letzten Jahren ist das Thema Arbeitszeitverkürzung wieder in den Fokus tarifpolitischer Diskussionen gerückt. Der zunehmende Druck auf die Arbeitnehmer*innen durch hohe Arbeitsbelastung, lange Arbeitszeiten und mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben macht die Forderung nach einer gerechteren Arbeitszeitverteilung dringlicher denn je. Tarif- und betriebliche Regelungen bieten hier konkrete Ansätze, wie eine umfassende Entlastung und eine bessere Verteilung der Arbeitszeit realisiert werden können.

An dieser Stelle seien nur zwei von mittlerweile vielzähligen Beispielen erwähnt: So hat die IG Metall 2018 bereits mit dem sogenannten "T-ZUG" eine innovative

Lösung geschaffen, die in den letzten Jahren zur Verbesserung der Arbeitszeitflexibilität und der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben beigetragen hat. Auch Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), hat bereits im Rahmen von Haustarifverträgen Modelle entwickelt, die Entlastung mit einem handfesten Mitgliedervorteil für Gewerkschafter*innen vorsieht. Durch Aufstockung des erwirtschafteten Freizeitanspruchs durch den Arbeitgeber kann man hier getrost von Umverteilung im kleinen Stil exklusiv für Gewerkschafter*innen sprechen.

Diese tariflichen Regelungen sind Beispiele für den aktuellen Trend der Arbeitszeitverkürzung als eine der zentralen Forderungen im Bereich der Umverteilung. Es geht

dabei nicht nur um eine gerechtere Verteilung von Arbeit und Wohlstand, sondern auch um die Schaffung eines gesünderen und nachhaltigeren Arbeitsmarktes, in dem Entlastung und gute Arbeitsbedingungen Hand in Hand gehen. Das diese Entlastung indirekt zu einer höheren Produktivität führt, ignorieren viele Unternehmen wissentlich.

Arbeitszeitverkürzung und Entlastung sind folglich nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftspolitische Ziele, die die Kraft und die Motivation der Arbeitnehmer*innen langfristig fördern können. Die Aufgabe der Die Linke ist es dabei, steuer- und ordnungspolitische Voraussetzungen zu fordern bzw. zu schaffen, um den Gewerkschaften eine für die Beschäftigten möglichst günstige Umsetzungsstrategie zu ermöglichen. Dabei besteht die unabdingbare Dringlichkeit, die Tarifbindung in Deutschland zu stärken – komme was wolle!

Dritte Gewerkschaftskonferenz für den Frieden

Ulrike Eifler (Mitglied des Parteivorstands und des Bundessprecher*innenrats der BAG Betrieb & Gewerkschaft)

Es ist wieder soweit: Vom 11. bis 12. Juli findet die inzwischen dritte Gewerkschaftskonferenz für den Frieden statt. Ausrichter ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Kooperationspartner die IG Metall Salzgitter-Peine. Die Stahlstadt bietet ausreichend Anlass für die Diskussion, warum Friedens- und Gewerkschaftspolitik miteinander verbunden werden müssen. So stellt die Salzgitter Flachstahl GmbH beispielsweise ihre Stahlherstellung auf wasserstoffbasierte „grüne“ Herstellungsverfahren um, was die Frage aufwirft, ob der Stahl am Ende als Panzerstahl in Kriegsgeräten verbaut werden soll? Oder ob der gesellschaftliche Nutzen nicht größer ist, wenn der grün produzierte Stahl im Zuge einer Verkehrswende in eine öffentliche Verkehrsinfrastruktur fließt. Bahnen, Bussen und Schienen oder Panzer und Kampfjets?

Wir freuen uns auch in diesem Jahr wieder über viele tolle Gäste, darunter der frisch gewählte Bundestagsabgeordnete der Linken in Salzgitter, VW-Vertrauensmann Cem Ince, Salzgitter-Flachstahl-Betriebsrätin Lena Fuhrmann, ver.di-Chef-Ökonom Dierk Hirschel, der Podcaster Ole Nymoen, die beiden sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Jan Dieren und Ralf Stegner, die SDAJ-Bundessvorsitzende Andrea Hornung sowie der Satiriker Thorsten Stelzner. Das Programm erscheint in Kürze. Anmeldungen sind schon jetzt möglich. Alle wichtigen Informationen gibt es unter: www.betriebundgewerkschaft.de. Seid dabei!



Die Linke im Bundestag: jung, weiblich und berufstätig



Es war die Sensation des Wahlabends: Die Linke zieht wieder in Fraktionsstärke in den neuen Bundestag ein und stellt 64 der 630 Abgeordneten. Frauen bleiben aber auch im neuen Parlament bin der Minderheit:

Mit 204 Frauen liegt ihr Anteil bei 32,4 Prozent (2021: 34,8 Prozent). Der Anteil weiblicher Abgeordneter in der Fraktion Die Linke liegt bei 56,2 Prozent. Das Durchschnittsalter im Bundestag be-

trägt 47,1 Jahre (2021: 47,3 Jahre), am jüngsten ist Die Linke (42,2 Jahre). Sie stellt mit Luke Hoß (23) aus Bayern nicht nur den jüngsten Abgeordneten, sondern mit seiner Fraktionskollegin Zada Salihović (24) aus Sachsen auch gleich noch das zweitjüngste Bundestagsmitglied. Silberlocke Gregor Gysi (77) ist mit mehr als 30 Jahren im Bundestag zudem dienstältester Abgeordneter der neuen Wahlperiode.

Bei Beruf oder Stand führt mit deutlichem Abstand der Bereich „Unternehmensorganisation, Recht, Verwaltung“ (459 Personen). In der Fraktion Die Linke hingegen tummeln sich neben mehreren Gesundheitsberufen, Sozialarbeiter*innen und Gewerkschaftssekretär*innen auch Elektroniker, Stahlbauschlosser, Lehrer oder Kfz-Mechatroniker.



HKM in Duisburg erhalten

Von Mirze Edis (MdB und freigestellter Betriebsrat HKM)

Der CEO von Thyssenkrupp, Miguel López, spielt mit den Nerven der Beschäftigten bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM). Er hält weiterhin an der Drohung fest, das Werk zu schließen, falls kein Verkauf zustande kommt. Diese anhaltende Unsicherheit ist für die rund 3.000 Beschäftigten und ihre Familien untragbar!

Am 4. April hat der Aufsichtsrat von Thyssenkrupp – gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter – beschlossen, den Liefervertrag mit HKM in sieben Jahren auslaufen zu lassen. Sollte bis dahin kein Käufer gefunden werden, droht die Schließung des Werks.

In den vergangenen Monaten gab es intensive Gespräche zwischen dem Investor CE Capital, den Gesellschaftern, der Geschäftsführung, der IG Metall und dem Betriebsrat. CE Capital hatte zunächst zugesagt, 200 Millionen Euro Eigenkapital in HKM zu investieren, um die Transformation des Werks zu sichern. Doch in letzter Minute zog CE Capital diese Zusage zurück – damit war klar: Eine weitere Zusammenarbeit mit diesem Investor ist nicht tragfähig.

Trotz dieses Rückzugs betonte CE Capital später erneut sein Interesse an HKM – doch wie glaubwürdig ist das noch? Die Beschäftigten werden seit Monaten hingehalten, während Thyssenkrupp weiterhin keine klare Zukunftsperspektive für das Werk bietet und mit einer Schließung droht.

Die Gesellschafter, die IG Metall und der Betriebsrat haben daher entschieden, die Verhandlungen mit CE Capital nicht weiterzuführen. Doch wie geht es jetzt weiter?

Es gibt neue Hinweise auf das Interesse weiterer Investoren an einer Übernahme von HKM. Der Rückzug von CE Capital zeigt jedoch, wie volatil und unsicher solche Verhandlungen sind. Thyssenkrupp, die Landesregierung und der Bund dürfen sich jetzt nicht aus der Verantwortung stellen! Die Beschäftigten und die Menschen in der Region brauchen eine klare Perspektive – sei es durch einen tragfähigen Verkauf oder durch eine langfristige Sicherung des Standorts. Auch eine Landesbeteiligung muss ernsthaft diskutiert werden. Dabei ist jedoch klar: Öffentliche Gelder dürfen nur fließen, wenn es keine Arbeitsplatzverluste und keine Verschlechterungen bei Arbeitsbedingungen und Entgelten gibt.

Die Kolleginnen und Kollegen fordern Klarheit! Statt Drohungen und Hinhaltetaktik braucht es jetzt einen verlässlichen Plan für die Zukunft von HKM. Politik, Gesellschafter und Thyssenkrupp müssen Verantwortung übernehmen. Es geht nicht nur um ein Werk – es geht um Menschen, Existenzen und um die Zukunft der Stahlindustrie in Deutschland und in Duisburg.

Kahlschlag bei Thyssenkrupp Steel verhindern – Politisches Umdenken notwendig!

Von Nils Böhlke
(Mitglied des
Bundessprecher*innenrats
BAG Betrieb &
Gewerkschaft)

Die Pläne des Vorstands von Thyssenkrupp Steel 5.000 Stellen bis Ende 2030 abzubauen und weitere 6.000 Stellen durch Ausgliederungen auszulagern sowie einen Standort in Kreuztal im Siegerland zu schließen sind empörend.

Völlig zurecht spricht die IG Metall von einem geplanten Kahlschlag. Für Die Linke zeigt diese Entscheidung, dass erneut Beschäftigte die Zeche für jahrelange Versäumnisse des Managements und der verschiedenen Landes- und Bundesregierungen zahlen sollen.

Die Stahlbranche ist aufgrund der Überkapazitäten auf den Weltmärkten, den hohen Energiepreisen sowie der nachlassenden Nachfrage unter massivem Druck. Den notwendigen sozialökologischen Umbau hat sowohl der Vorstand, der stets nur auf Kostenreduktion gesetzt hat, als auch die Politik, die diesen zur Kernaufgabe hätte machen müssen, verschlafen.

Die Linke hat bereits mehrfach ihre Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck gebracht und wird sie in ihrem Kampf gegen den geplanten Stellenabbau unterstützen.



Arbeitgeber haben von Beginn an gemauert

Interview mit Anja Voigt, Intensivkrankenschwester am Vivantes Klinikum Neukölln und Mitglied der ver.di Bundestarifkommission

Das Interview führte Jan Rübke

J.R.: Mit welchen Forderungen ist ver.di in die Tarifrunde gegangen?

A.V.: Die Forderungsdiskussion hat bei uns ganz deutlich gezeigt: Trotz der anständigen Abschlüsse der Vorrunden brauchen die Kolleginnen und Kollegen überdurchschnittliche Gehaltserhöhungen, um den Reallohnverlust durch die Inflation seit 2019 auszugleichen. Hoch besetzt war bundesweit außerdem die Forderung nach Ausgleich für Belastungen. Bei uns im Krankenhaus – auch durch die gut funktionierenden Entlastungstarifverträge – war eher die Forderung nach bezahlter Pause bei Wechselschicht hoch besetzt.

J.R.: Die Arbeitgeber haben nach drei Verhandlungsrunden schon das Scheitern der Verhandlungen erklärt und die Schlichtung angerufen – ist das normal?

Die Arbeitgeber haben von Beginn gemauert. Reallohnlücken wurden angezweifelt und wir sollten akzeptieren, dass die schwierige Haushaltslage ein enges Korsett für den Abschluss bildet. Trotz guter Beteiligung an Streikmaßnahmen bundesweit gab es

Die Forderung im Überblick

- 8 Prozent mehr Gehalt – mindestens 350 Euro
- höhere Zuschläge für Überstunden und besondere Arbeitszeiten
- drei zusätzliche freie Tage pro Jahr
- ein „Meine-Zeit-Konto“, in dem die Beschäftigten Entgelterhöhungen und Zuschläge ansparen können, um sie zur Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit oder für zusätzliche freie Tage beziehungsweise längere Freistellungsphasen zu nutzen
- einen Gewerkschaftsbonus in Form eines weiteren freien Tages pro Jahr für Gewerkschaftsmitglieder
- eine Wiederaktivierung der Regelungen zur Altersteilzeit



2 Runden gar keine Angebote. Und auch in der dritten war von Bewegung nichts zu spüren – nach einem viertägigen, kräfte- und nervenzehrenden Verhandlungsmarathon für uns haben die Arbeitgeber die Gespräche scheitern lassen und die Schlichtung angerufen.

Das Ergebnis der Schlichtung haben wir am Wochenende bewertet und nachverhandelt. Beim Entgelt und auch Zulagen sieht das Schlichtungsergebnis geringe Verbesserungen vor im Verhältnis zum eher auch niedrigen Angebot in der dritten Verhandlungsrunde. In Sachen freie Tage ist der Vorschlag der Schlichtungskommission, dass die Jahressonderzahlung leicht erhöht wird und diese dann gegen freie Zeit (bis zu drei Tage) eingetauscht werden kann, allerdings gilt diese Wahlmöglichkeit nicht für Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen. Unsere Erwartung, dass es eine bezahlte Pause bei Wechselschicht gibt, ist ebenfalls nicht enthalten. Leider enthält die Schlichtungsvereinbarung auch eine – wenn auch freiwillige – Arbeitszeitverlängerung auf 42 Stunden, die die Arbeitgeber unbedingt wollten. Die in Berlin eingeführte Rückkopplung in den aktiven Belegschaften hat ergeben, dass insbesondere die Verlängerungsoption der Wochenarbeitszeit nicht mitgetragen wird.

In der Nachverhandlung am 5. und 6. 4. 2025 ist es nicht gelungen, die sich weiter fortschreibende Ungleichbehandlung von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser gegenüber anderen Betrieben im TVÖD zu verbessern und die freiwillige Arbeitszeitverlängerung wegzubekommen. Es gab harte Abstimmungen in der BTK über die Frage, ob es nicht mehr Sinn macht, angesichts der schwierigen Verhandlungslage, die Arbeitszeitforderung fallen zu lassen, damit die freiwillige Erhöhung raus ist. Die BTK hat sich sehr knapp da-

gegen entschieden. Die Einigung¹, welche die Bundestarifkommission mit schwachen Ja nun den Mitgliedern zur Abstimmung stellt hat meines Erachtens ein hohes Spaltungspotential. Ich bin gespannt auf das Ergebnis.

J.R.: Die Rahmenbedingungen sind mehr als schwierig: Nicht nur wechselte die Bundesregierung in der Zeit, auch die wirtschaftliche Lage wird von den Arbeitgebern als Grund für ihr Mauern herangeführt...

Ehrlich gesagt müssten die öffentlichen Arbeitgeber alles tun, um den Arbeitskräfte- und Fachkräftebedarf zu sichern. Dazu braucht es neben wichtigen Investitionen in die Infrastruktur vor allem nachhaltige Investitionen ins Personal. Die wirtschaftliche Lage ist doch nicht vom Himmel gefallen, sondern auch ein Ergebnis fehlender Investitionen der vergangenen Jahrzehnte und einer für Entwicklung dysfunktionalen Schuldenbremse. Dazu kommt, dass die Aufrüstung natürlich die Verteilungsspielräume verengt. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst können nichts für die Fehlentscheidungen der GroKo und der Ampel, auch die Koalitionsverhandlungen der neuen Regierung lässt mich nicht auf Entspannung hoffen. Aber zahlen sollen wir es.

Wir wissen, dass Sparen im Abschwung die Krise verschärft. Da hilft nur eins: Wir müssen uns weiter gewerkschaftlich organisieren, stärker werden und auch politisch viel stärker in die Auseinandersetzung gehen in der Verteilungsfrage.

¹ Hier die ausführliche Einigung: <https://zusammen-geht-mehr.verdi.de>



„Wir gegen die“ ist ein Schein-Konflikt

Von Dave Koch (Gewerkschaftssekretär und Landesvorsitzender Die Linke Rheinland-Pfalz)

Die Geschichte zeigt es: Wenn die politische Rechte erstarkt, verlieren Beschäftigte. Im Nationalsozialismus mit der Zerschlagung der Gewerkschaften, unter autoritären Regimen mit der Entrechtung von Arbeiter*innen oder heute mit Angriffen auf Streikrechte – rechte Politik hat nie im Interesse der Beschäftigten gehandelt. Nicht nur deshalb müssen Gewerkschaften eine antifaschistische Grundhaltung bewahren:

Wenn Beschäftigte gespalten werden – nach Herkunft, Geschlecht, Identität oder Religion, nutzt das den Unternehmen.

Denn wer sich gegenseitig misstraut, kämpft nicht gemeinsam. Doch nur wenn wir geschlossen auftreten, können wir bessere Arbeits- und Lebensbedingungen erkämpfen. Verschlechterungen beginnen oft bei wenigen und weiten sich aus. Was heute Migrant*innen, Frauen oder Queere trifft, wird morgen alle betreffen.

Antifaschismus ist keine abstrakte Forderung – er bedeutet, Kolleg*innen zu schützen, gemeinsam für Rechte zu kämpfen und überall dort einzugreifen, wo Ausgrenzung und Hetze geschürt werden. Es darf kein Einknicken, wie vor dem Hitler-

Regime geben. Denn Sozialer Fortschritt kennt keine Nationalität! Die nationalistische Ideologie „wir gegen die“ ist ein Schein-Konflikt. Es geht stets um den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Wer mit Schein-Gegensätzen von den eigentlichen Auseinandersetzungen ablenkt, stabilisiert ein System, das auf Ausbeutung beruht. Bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen wir gemeinsam – oder es gibt für niemanden Fortschritt.

Jetzt aktiv werden! Die Angriffe auf Gewerkschaften, Tarifverträge und soziale Rechte nehmen zu. Wer schweigt, nimmt das hin. Deshalb gilt es, sich zu organisieren, für Solidarität einzustehen und antifaschistische Positionen in den Betrieben starkzumachen. Eine Gewerkschaft, die nicht antifaschistisch ist, wird am Ende nicht mehr existieren. Niemals alleine, immer gemeinsam!



Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter widersetzen sich

Von Martin Wähler (ver.di Gewerkschaftssekretär und aktiv im Netzwerk widersetzen)

Das Netzwerk widersetzen feiert im April sein erstes Jubiläum. In dem Jahr seines Bestehens konnte es erfolgreich zu Aktionen des zivilen Ungehorsams zu zwei AfD-Bundesparteitagen mobilisieren. Im Juni 2024 störte widersetzen mit 7.000 Aktivist*innen den Parteitag der AfD in Essen. Im Januar 2025 blockierten 15.000 Aktivist*innen den Parteitag der AfD und verzögerten seinen Beginn für zwei Stunden.

Entgegen der Ankündigung von widersetzen konnte bislang kein Parteitag verhindert werden. Doch bei beiden Protesten konnten Menschen erleben, dass wir nicht machtlos gegenüber der AfD sind. Wir müssen nicht tatenlos zusehen, dass Hass und Hetze unwidersprochen Plätze und Räume einnehmen können.

Von Anfang an beteiligten sich Gewerkschafter*innen bei widersetzen. Sie sind Teil der Strategiekonferenzen oder beteiligten sich vor Ort mit der Organisation der Proteste. Ohne die Beteiligung und das Know-How der Gewerkschafter*innen wären die Organiserungen nach Essen und Riesa deutlich schwieriger gewesen. Zu den Protesten in Essen riefen zahlreiche Kolleg*innen innerhalb von ver.di, der IG Metall oder der GEW auf. Mehrere

ver.di Betriebsgruppen machten in Video-statements klar, warum sie sich in Essen der AfD entgegenstellen werden und dass ihre Antwort auf Hass und Hetze der AfD Solidarität, Toleranz und Vielfalt ist.

In Essen zog ein "Demofinger" aus Gewerkschaftsmitgliedern früh morgens gemeinsam mit anderen Aktivist*innen morgens los, um Zufahrtswege zum Parteitag zu blockieren.

Ähnlich war es in Riesa. Dort organisierten sich weitaus mehr Kolleg*innen. Gewerkschaften organisierten Busse und riefen ihre Mitglieder zur Teilnahme an der Großdemo in Riesa auf. So z.B. die IG Metall Geschäftsstelle Dresden-Riesa oder die GEW Sachsen. ver.di rief bundesweit dazu auf sich zu beteiligen.

Die Beteiligung von Gewerkschafter*innen ist Teil des Erfolgs von widersetzen. Sie verbinden auch nach Außen Bewegungen und Betriebe. Mit den Gewerkschafter*innen kann über die üblichen Strukturen hinaus erfolgreich und anschlussfähig für Viele zu Protesten gegen die AfD mobilisiert werden – auch mit Aktionen des zivilen Ungehorsams, deren Erfolg in der Entschlossenheit und der Breite des Widerstandes liegt.

Solidarisch gegen die Kürzungspolitik des Berliner Senats – gemeinsam Wege aus der Haushaltskrise aufzeigen und unsere Infrastruktur sichern

Von Jana Seppelt (Gewerkschaftssekretärin und Mitglied im Bundessprecher*innenrat der BAG Betrieb & Gewerkschaft)

Anfang Dezember 2024 ließ der schwarz-rote Berliner Senat die Bombe platzen: In 3 Wochen wurden 3 Milliarden Kürzungen im laufenden Doppelhaushalt 2024/25 für das Jahr 2025 durchgesetzt. Gegen die drastischen Haushaltskürzungen gab es beeindruckende, spontan organisierte Proteste, aus der Kultur, von sozialen Trägern, Hochschulen und natürlich den Gewerkschaften. Einzelne Kürzungen wurden zurückgenommen, aber nicht der gesamte

mit rund 10.000 Menschen arbeitet die Vernetzung nun daran, einen geeinten gesellschaftlichen Akteur zu schaffen, der dem Senat echte politische Alternativen abtrotzt. Unser Ausgangspunkt: Wir akzeptieren die Alternativlosigkeit nicht, mit der uns die Kürzungen präsentiert werden. Deutschland ist ein reiches Land. Wir fordern eine solidarische Finanzierung unserer Kultur- und sozialen Einrichtungen, von Bildung und Wissenschaft, so-

stoßen. Die Linksfraktion hat dazu bereits verschiedene Vorschläge gemacht¹. Neben der Erhöhung bestimmter Steuern (z.B. Grunderwerbssteuer; Übernachtungssteuer; Zweitwohnsteuer oder Grundsteuer), der Einführung einer Taskforce zur Reduzierung der echten Steuerrückstände gehört dazu auch mittelfristig das Verfolgen einer Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer. In Sachen Ausgaben kritisiert DIE LINKE hauptsächlich teure



Kürzungshaushalt. Die Konflikte werden weitergehen, zumal der Senat im Doppelhaushalt 26/27 weitere zwei Milliarden Euro einsparen will.

Wenn wir Kürzungen verhindern wollen, dann müssen wir uns als Gewerkschaften mit Akteuren der Stadtgesellschaft solidarisch und langfristig organisieren, sonst werden wir immer wieder gegeneinander ausgespielt. Sollten etwa die Hochschulen gegen ihre gestrichenen Mittel erfolgreich klagen, wird der Senat damit drohen, die 140 Millionen Euro an anderer Stelle einzusparen. Das sollte uns nicht abschrecken. Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Das ist auch das Ziel einer Vernetzung, zu der wir als ver.di die Stadtgesellschaft, Verbände und Organisationen Anfang Januar 2025 das erste Mal eingeladen haben. Nach einer gemeinsamen Demo am 22. Februar

wie der Verkehrswende und Klimaschutz. Die Finanzen des Landes Berlin werden ebenso wie Finanzen der Bezirke seit Jahrzehnten durch eine falsche Steuerpolitik – v.a. auch im Bund – ausgeblutet. Diese Politik wird die neue Bundesregierung fortführen und durch die massiven Ausgaben für Aufrüstung und daraus resultierenden Spardruck noch verschärfen – das werden auch die Investitionszusagen für die Länder nicht ausgleichen. Umso wichtiger, dass wir gemeinsam die Infrastruktur schützende Wege aus der Haushaltskrise in Berlin entwickeln. Die Linksfraktion ist dabei ein wichtiger Ansprechpartner im Abgeordnetenhaus und spielt eine wichtige Rolle, eine Diskussion über mögliche Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmeseite und dem Zurückfahren nicht sachgerechter Ausgaben in der Stadtgesellschaft anzu-

finanzieren. Die Linksfraktion hat dazu bereits verschiedene Vorschläge gemacht¹. Neben der Erhöhung bestimmter Steuern (z.B. Grunderwerbssteuer; Übernachtungssteuer; Zweitwohnsteuer oder Grundsteuer), der Einführung einer Taskforce zur Reduzierung der echten Steuerrückstände gehört dazu auch mittelfristig das Verfolgen einer Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer. In Sachen Ausgaben kritisiert DIE LINKE hauptsächlich teure

finanzielle Fehlsteuerungen im Verkehrs- und Mobilitätssektor; Gedankenspiele und Planungen unnötiger Großprojekte. Als Vernetzung werden wir neben dem Zusammentragen der Angriffe und möglicher Gegenwehr auch die Vorschläge aus der Linksfraktion diskutieren und können uns hoffentlich auf gemeinsame Druckpunkte gegenüber dem schwarz-roten Senat einigen und so unsere Berliner Infrastruktur in Bildung, Kultur, Sozialem verteidigen.

Kontakt Vernetzung:

kontakt@berlin-ist-unkuerzbar.de

Weiterführendes Interview mit Jana Seppelt zu den Kürzungen: «Haushaltskürzungen sind nie alternativlos» – Rosa-Luxemburg-Stiftung



¹Haushalt und Finanzen: Die Linke Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Aufrüstung ist keine nachhaltige Industriepolitik

Ulrike Eifler (Mitglied des Parteivorstands und des Bundessprecher*innenrats der BAG Betrieb & Gewerkschaft)

Industriepolitik in der „Zeitenwende“ setzt auf die Expansion der Rüstungsindustrie. Mit der Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie hatte die Scholz-Regierung bereits einer staatlichen Rüstungs-Planwirtschaft den Weg geebnet, um die deutschen Rüstungskonzerne bei der Umstellung auf Kriegsproduktion zu unterstützen. Dazu sollen die erforderlichen politischen, wirtschaftlichen, regulatorischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Rüstungsindustrie ist begeistert. Schon seit längerem trommelt nicht nur Rheinmetall-Chef Armin Pappberger dafür, 250 bis 300 Milliarden Euro auf den Weg zu bringen, damit die Rüstungsbranche ausreichend Planungssicherheit hat.

Problematisch ist eine solche industriepolitische Ausrichtung, weil sie eine Unterordnung aller anderen Bereiche unter das Primat der Rüstungsproduktion einleitet. Angestrebt wird, zivile Produktion auf militärische Produktion umzustellen. Diese Politik ebnet jedoch den Weg in eine industrielle Monostruktur: Die Abhängigkeit von realem Kriegsgeschehen steigt, denn Profite lassen sich nur generieren, wenn Handgranaten und Kampfpanzer nicht ungenutzt in Depots lagern, sondern im Krieg eingesetzt werden und für kontinuierliche Nachfrage sorgen. Dies gilt um so mehr, da bei der Förderung der Rüstungsindustrie noch nicht einmal zwischen Angriffswaffen (wie Panzern) und Verteidigungswaffen (wie Panzerabwehrsystemen) unterschieden wird. Stattdessen gilt: Produziert wird, was Profite verspricht.

Umfang und Tempo des Hochfahrens von Rüstungskapazitäten ebenso wie eine auf zehn Jahre und länger angelegte Beschaffungspolitik haben den Charakter konkreter Kriegsvorbereitungen. Manufakturbetriebe wandeln sich zu Großserienher-

stellern. Allein Rheinmetall hat seine Granatenkapazität seit Beginn des Ukraine-Krieges verzehnfacht. Nicht nur die klassischen friedenspolitischen Positionen der Gewerkschaften, auch alle Anstrengungen für eine sozial-ökologische Transformation drohen dabei unter die Räder zu geraten. Für den Erhalt des Planeten aber ist es nicht egal, ob grüner Stahl im Inte-

resse einer Verkehrswende in Bussen, Bahnen und Schienen verbaut wird oder in Kampfpanzern. Die notwendige Debatte über den ökologischen Industrieumbau darf daher die Frage, was produziert wird, nicht von der nach dem gesellschaftlichen Nutzen trennen. Dabei muss klar sein: Rekonversion ist das Gegenteil von nachhaltiger Industriepolitik.



Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie

Im Dezember des letzten Jahres beschlossen SPD und Grüne die „Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie der Bundesregierung“. Diese enthält industriepolitische Schritte zur Expansion der heimischen Rüstungsindustrie.

Dazu gehören staatliche Zusagen an die Rüstungsindustrie für unternehmerische Planbarkeit und eine garantierte Abnahmesicherheit; finanzielle Förderung für Unternehmen der Rüstungsindustrie; verbesserter Zugang zu Krediten und kapitalmarktbasierter Finanzierungen für die Rüstungsindustrie; ein bevorzugter Zugang zu gut ausgebildeten Fachkräften; ein verlässlicher Zugriff auf Rohstoffe und Vorprodukte; eine engere Verzahnung von ziviler und „sicherheits- und verteidigungsbezogener Forschung“ sowie deren Vorrang im Vergabeverfahren; die Beschleunigung von Planungs-, Haushalts- und Beschaffungsprozesse – mit Blick auf die Rüstungsindustrie sowie die Lockerung von Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter

Die Priorisierung der Rüstungsindustrie schafft eine gefährliche industrielle Monostruktur und kann als Einstieg in die Kriegswirtschaft bezeichnet werden.



EU-Mindestlohnrichtlinie

Özlem Alev Demirel (MdEP)

Die 2022 beschlossene EU-Mindestlohnrichtlinie wurde nicht umsonst von Gewerkschaften als eine der wichtigsten Errungenschaften der letzten Jahrzehnte gesehen. Es ist deshalb auch nicht überraschend, dass sie weiter unter Beschuss steht. So hat Anfang des Jahres der Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof (EuGH), Nicholas Emiliou, im Zuge der Klage von Dänemark und Schweden die vollständige Annullierung der Richtlinie gefordert. Eine Entscheidung des Gerichts ist im Laufe dieses Jahres zu erwarten und könnte uns in unserem Kampf um Arbeitsrechte massiv zurückwerfen.

Um was geht es genau? Der Vorstoß richtet sich gegen die beiden Kernelemente der Mindestlohnrichtlinie. Zunächst gibt sie Schwellenwerte für Untergrenzen für Mindestlöhne vor, die ein Leben in Würde garantieren und vor Armut schützen – nicht als verbindliche Werte, sondern als Orientierungshilfen.

Der Generalanwalt führt nun jedoch aus, dass die Richtlinie, obwohl sie nur indirekt wirkt, letztlich in die Festlegung von Löhnen eingreife und somit außerhalb der Handhabe der EU liege. Damit stellt er sich direkt gegen frühere Rechtsgutachten,

die im Gesetzgebungsprozess von den juristischen Diensten des Parlamentes, der Kommission und des Rates angefertigt worden waren. Die Auslegung des Generalanwalts kann durchaus als politischer Vorstoß des gewertet werden. Man darf schließlich nicht vergessen, dass aus der EU etwa in der Eurokrise Vorgaben gemacht wurden, um Tarifverträge zu zerschlagen und Mindestlöhne zu senken. Die Mindestlohnrichtlinie sagt endlich mal das Umgekehrte und schon wird sie als problematisch betrachtet.

Sollte der EuGH dieser gewagten Interpretation nicht folgen, zielt Emiliou auf eine Teilannullierung der Richtlinie. Denn das zweite Kernelement besteht darin, die Mitgliedstaaten dazu zu bringen, hohe Tarifbindungsraten zu erreichen. Wenn weniger als 80% der Arbeitnehmer:innen durch Tarifverträge abgedeckt sind, müssen die Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern Aktionspläne zur Steigerung der Tarifbindung erstellen. Diese Pläne müssen konkrete Maßnahmen und Zeitrahmen beinhalten. Dänemark und Schweden führen einen Formfehler im Gesetzesverfahren dagegen an, da sie Sorgen haben, dass in ihre Koalitionsfreiheit

eingegriffen werden würde. Aber die Richtlinie sagt klipp und klar, dass sie sich lediglich auf Mitgliedstaaten bezieht, wo es gesetzliche Mindestlöhne gibt. Solange es in Dänemark und Schweden diese hohe Tarifbindungsrate gibt, hat die Richtlinie zu recht keine Auswirkungen auf diese Länder, aber sehr wohl für den erdrückenden Teil der Mitgliedstaaten, die gesetzliche Mindestlöhne haben, die nicht mal vor Armut schützen und viel zu viele Menschen ohne Tarifverträge schufften.

Die Stellungnahme von Emiliou hat keine bindende Wirkung, sondern dient lediglich als Entscheidungshilfe für die Richter. Es stimmt zwar, dass sich der EuGH in rund 75 Prozent der Fälle den Empfehlungen des Generalanwaltes folgt. In diesem Fall jedoch scheint der Ausgang offen, da der Gerichtshof ebenso sehr freundlich gegenüber einer stärkeren Integration der EU urteilt. Jetzt wird sich entscheiden, ob diese Integration immer nur im Sinne des Kapitals gedacht wird. Wenn die Europäische Mindestlohnrichtlinie scheitert, würde dies die Idee eines Sozialen Europas auf jeden Fall stark angreifen und das Bild der EU als ein Projekt im Interesse wirtschaftlicher Eliten weiter verstärken.



Gesellschaftliche Umbrüche stellen die Gewerkschaften vor große Herausforderungen: Die rechtsextreme AfD erstickt auch in Betrieben immer mehr; die Transformation der Industrie bedeutet für viele Belegschaften eine unsichere Zukunft und die Kürzungspolitik sowie die unzureichende Besteuerung hoher Vermögen verhindern einen sozial-ökologischen Umbau und lassen die Daseinsvorsorge kollabieren.

Aber trotz schwieriger Bedingungen und reichlich Gegenwind: In Sachen Aufbruch und Erneuerung der Gewerkschaften herrscht keineswegs Flaute! Erfolgreiche Tarifabschlüsse konnten einen Teil der Inflationsverluste wieder auffangen, viele Gewerkschaften können endlich wieder steigende Mitgliederzahlen verkünden und von lokalen Häuserkämpfen bis zu den großen Tarifrunden kommen verstärkt Arbeitskampf-Methoden zum Einsatz, die auf mehr Beteiligung der Belegschaften setzen.

Auf unserer bundesweiten gewerkschaftsübergreifenden Konferenz wollen wir mit hunderten Aktiven aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Streiksolidarität aktuelle gewerkschaftliche Kämpfe praxisnah auswerten und gemeinsam diskutieren, wie wir auch in schwierigen Zeiten die gewerkschaftliche Gegenmacht stärken und Antworten auf die anstehenden Herausforderungen geben können.



Für Kurztentschlossene: 2.–4. Mai 2025 an der Technischen Universität Berlin (Straße des 17. Juni, 10623 Berlin); Anmeldung unter: Gegenmacht im Gegenwind - Rosa-Luxemburg-Stiftung

Höhere Löhne als Motor für Deutschland und Europa

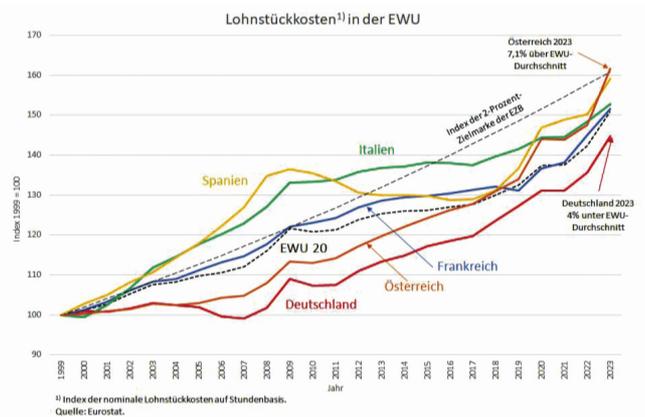
Von Jan Fickenscher

Unternehmen in Deutschland sollten sich stark machen für Lohnerhöhungen, denn diese sind Investition in ihre eigene Zukunft.

Höhere Löhne bedeutet höhere Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen was den Binnenmarkt belebt. Dies ist speziell wichtig für kleine und mittelständige Unternehmen. Angesichts der alarmierenden Statistiken – 4 Arbeitslose auf 1 offene Stelle/niedrigste Lohnstückkosten Europa-weit seit 25 Jahre – zeigt sich, dass unsere Wirtschaftskapazitäten bei weitem nicht ausgereizt sind, weil ein unzureichendes Konsumklima den notwendigen Wirtschaftszuwachs verhindert. Das entstehende Missverhältnis gefährdet vor

allem den sozialen Zusammenhalt und verhindert den Strukturwandel, den wir im Angesicht der Klimakrise unbedingt gemeinsam meistern müssen. Als Linke stehen wir dafür, dass der von den Arbeitnehmer*innen erwirtschaftete Wohlstand gerecht verteilt wird. Wir fordern einen tiefgreifenden sozialen Politikwechsel, der Unternehmen dazu be-

wegt, nachhaltig in ihre Mitarbeiter*innen zu investieren, um eine solidarische und inklusive Gesellschaft zu schaffen, in der Fortschritt und Wohlstand für alle greifbar sind.



V. i. S. d. P.: Parteivorstand der Partei DIE LINKE, AG Betrieb & Gewerkschaft, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin.

Redaktion: Bundessprecher*innenrat der BAG Betrieb & Gewerkschaft
Gezeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren, nicht der Redaktion wieder.

Bilder: Christian von Polentz (S. 9) Michel Christen (S. 11), alle anderen (c) privat. Druck: Eigendruck.

